

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 48 – 2. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Dazu sagt der Obmann der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss,

Detlef Matthiessen:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 377.04 / 12.11.2004

Die CDU hat den Bogen überspannt!

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist das schärfste Schwert der Opposition. Die Beschlüsse zu seiner Einsetzung bedürfen nur einer qualifizierten Minderheit ebenso wie einzelne Beschlüsse in der Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Davon hat die Opposition reichlich Gebrauch gemacht.

Das ist ihr gutes Recht. Wir unterstützten es von Anfang an, dass es solche Instrumente für die Opposition gibt. So hat auch die Grüne Fraktion die Aufklärung der Pröhl-Affäre genauso gefordert und unterstützt wie die des Falles Dr. Lohmann und die Aufklärung der Umstände bei der Einführung der Kosten-Leistungsrechnung und der damit verbundenen Auftragsvergabe.

Wir halten dieses Recht einer parlamentarischen Minderheit für unverzichtbar in einer funktionierenden Demokratie.

Allerdings hat die CDU die Frage zu beantworten, warum es zu mehr als achtzig Sitzungen kommen musste, warum dieser enorme Untersuchungsaufwand betrieben werden musste, zu dem das erarbeitete Ergebnis in einem aus meiner Sicht offensichtlichen Missverhältnis steht.

Ich möchte auf keinen Fall von einem Missbrauch eines Parlamentarischen Instrumentes reden, weil es ein gutes und wichtiges Instrument ist und solch eine Wertung der Mehrheit nicht zusteht. Ein gutes Instrument wird durch die Art des Gebrauchs nicht schlecht, höchstens schmuddelig.

Trotzdem glaube ich, dass in der Öffentlichkeit ein schlechter Eindruck über unsere Arbeit entstanden ist, weil der Bogen überspannt wurde.

Anlass zur Einsetzung einer Untersuchung war ausreichend vorhanden und es sind im Verlaufe der parlamentarischen Befassung, insbesondere auch im Finanzausschuss bei der komplexen SAP-Angelegenheit, Ungeschicklichkeiten und Fehler bis hin zu Gesetzesverstößen herausgearbeitet worden. Letzteres betraf vor allem das Vergaberecht und das Fehlverhalten des Betroffenen Dr. Joachim Lohmann, das letztlich nach staatsanwaltlichen Ermittlungen und einem Gerichtsverfahren mit einem Strafbefehl endete wegen nicht angemeldeter Nebentätigkeit nach Lohmanns Ausscheiden aus dem Landesdienst. Der Vorwurf der Bestechlichkeit konnte nicht verifiziert werden.

Der Finanzausschuss hat hier erheblich zur Aufklärung beigetragen. Offene Fragen konnten weitestgehend geklärt werden. Die ausführliche Zweitbearbeitung durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss hat dies im Wesentlichen nachvollzogen und keine wesentlichen neuen oder andere Ergebnisse und Bewertungen erbringen können.

Bei der Einführung des Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems in der Landesverwaltung sind Fehler gemacht worden.

Es wurde kein Vergabevermerk angefertigt. Der Finanzausschuss stellt fest: Die Kabinettsvorlage, die den Vorgang teilweise darstellt, ersetzt einen Vergabevermerk nicht. Das Verfahren muss damit als formell rechtsfehlerhaft angesehen werden. Das ist besonders in einem Finanzministerium eine peinliche Sache und mit den relativ neuen und komplizierten vergaberechtlichen Bestimmungen nur begrenzt erklär- und entschuldbar.

Die personelle Ausstattung der Projektgruppe genügte weder qualitativ noch quantitativ. Auch darauf sind die Fehler und die unzureichende Dokumentation zurückzuführen. Verwaltungsmodernisierung erfordert eben einen adäquaten Aufwand, um ordnungsgemäß abgearbeitet werden zu können.

Gleichwohl, und das ist auch ein Ergebnis der parlamentarischen Befassung, war die Entscheidung für SAP in der Sache richtig, der Vertrag rechtskräftig und der Vertragsnehmer hatte an einer guten Abarbeitung schließlich auch ein eigenes Interesse.

Ein Schaden für das Land ist nicht entstanden, sondern es ist letztlich ein gutes Endergebnis herausgekommen.

Nach der Arbeit der Regierung, des Rechnungshofes und des Finanzausschusses und nicht zuletzt auch der Staatsanwaltschaft wäre eine Befassung im Zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eigentlich nicht mehr zwingend erforderlich gewesen. Dies war dem unnachgiebigen Aufklärungseifer der CDU und ihres Chefaufklärers geschuldet.

Erfolglos wurde versucht, nach oben durchzustechen und aus der Sache noch mehr rauszuholen. Die schlichte Frage jedes Untersuchers Cui bono – Wem nützt es? - war von einer Mischung aus Profilierungssucht und Verschwörungstheorie überlagert.

Das gilt noch viel mehr für den Komplex der Pröhl-Affäre. Auch wenn Dr. Pröhl zu keinem Zeitpunkt ein Dienstzimmer in der Staatskanzlei hatte, sondern bei der Investitionsbank arbeitete, unterstand er doch der Dienstaufsicht und dem Lenkungsausschuss, der vom Chef der Staatskanzlei geleitet wurde.

Und dieses Wort Staatskanzlei schien von Anfang an ungeheure Zaubermacht auf die CDU auszuüben. Und das gilt nicht nur für den übereifrigen Chefermittler.

Bereits am **15. März 2002** reibt sich der Oppositionsführer Kayenburg in einer Presseerklärung die Hände: Der Fall Pröhl würde immer weitere Kreise ziehen, wörtlich:

"Im Fall Pröhl gibt es jetzt offenbar täglich neue Enthüllungen. Wenn die neuesten Berichte zutreffen, verstärkt sich der Eindruck, dass Klaus Gärtner ein Bauernopfer sein musste, um von der eigentlichen Verantwortung der Ministerpräsidentin abzulenken."

Am **19. März** redet er von Filz und kündigt einen Untersuchungsausschuss an.

Am **25. März** erklärt Kayenburg: *Mit den neuen Ereignissen vom Wochenende stelle sich erneut die Frage nach der politischen Gesamtverantwortung der Ministerpräsidentin.*

Am **26. März** fragt Kayenburg besorgt: *Was weiß Frau Simonis noch?*

Am **3. April** zur Abwechslung mal der Kollege Wiegard: *Es ist Zeit, dass die vielen mysteriösen Vorgänge um die Staatskanzlei und vor allem deren politische Hintergründe beleuchtet werden“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Rainer Wiegard. Wiegard bedauerte besonders, dass die Ministerpräsidentin nach demselben Strickmuster vorgehe, wie alle auf ähnliche Weise gescheiterten Spitzenpolitiker vor ihr.*

Am **4. April** mahnt Wiegard: *Es wird Zeit für die Wahrheit, Frau Ministerpräsidentin! er will wissen, was Gegenstand der Geheimgespräche beim Mittagessen mit dem Außenminister von Oman war.... Wiegard erwartet in den nächsten Tagen weitere Zugeständnisse der Regierungschefin. Frau Simonis gehe nach demselben Strickmuster vor, wie alle gescheiterten Spitzenpolitiker vor ihr, das hat er kreativerweise ja bereits am Vortag festgestellt, und dann lässt er den geneigten Leser nicht länger zappeln und lässt die Katze aus dem Sack:*

Scheibchenweise werde mit dem Ausdruck des Bedauerns zugegeben, was nach und nach ohnehin bereits bewiesen sei. Mit diesem Verhalten beschädige Simonis auch noch das Regierungsamt auf ihrem unausweichlichen Weg zum Rücktritt.

Am **8. April** tritt ein weiterer CDU-Akteur ins Rampenlicht:

Rainer Wiegard und Werner Kalinka: *Für die Ministerpräsidentin wird es langsam enger. Dann folgen anderthalb Seiten Text mit schaurigen Andeutungen und der Schlusssatz: Wie lange meint Frau Simonis dies noch aussitzen zu können?*

Dieses Schnellfeuer an Verdächtigungen verfehlt seine Wirkung nicht. Die Neugier war geweckt. Insbesondere die Medien außerhalb der Landesgrenzen wittern eine Sensation. Die selbsternannten Experten der CDU sonnen sich in dieser unerwarteten Presseaufmerksamkeit und satteln drauf.

Weitere Spitzenkräfte wollen nicht beiseite stehen. Stritzl und Kerßenbrock verlautbaren am 9. April: *Das Netz wird engmaschiger!*

Dies alles entfaltet eine eigene psychische Dynamik und es führt mitnichten zu einer Mäßigung oder Kenntnismahme, das mein Fraktionsvorsitzender Karl-Martin Hentschel am selben Tag anmahnt:

Aus unserer Sicht gibt es nach den bisherigen Erkenntnissen keinerlei Anlass, die Integrität der Ministerpräsidentin in Zweifel zu ziehen. Sicherlich ist es die Pflicht der Opposition, die Arbeit der Regierung kritisch zu durchleuchten, aber es ist schon auffällig, wie leichtfertig nach einem Rücktritt gerufen wird, ohne dass belastende Fakten gegen Heide Simonis vorliegen.

Insbesondere Dr. Kerksenbrock als bewährte Untersuchungsausschusskraft verbeißt sich in seiner Funktion als Obmann der Fraktion in die Sache. Das Feuerwerk der Presseerklärungen und Hintergrundgespräche wird fortgesetzt. Es kommen dann die Todesfälle hinzu. Die CDU verlangt die Herbeiziehung von Akten der Todesermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften.

Jede Zeugenaussage generiert neue Zeugen.

Die angesichts der geweckten Erwartungen ausbleibenden Ergebnisse über 40, 50, 60, 70 Sitzungen führen zu einem abbröckelnden Interesse der Öffentlichkeit und einer zunehmenden Genervtheit und Distanzierung auch in den eigenen Reihen.

Nach einem schlechten Platz auf der Landesliste kündigt der Chefuntersucher Kerksenbrock an, für die Erarbeitung des Abschlussberichtes nicht mehr zur Verfügung zu stehen und unterstreicht damit, wie sehr die Arbeit im PUA statt der sachlichen Aufklärung der eigenen Profilierung dienen sollte.

Als Ergebnis der Arbeit der CDU bleibt festzuhalten, dass die Ministerpräsidentin nach Auffassung der CDU aufmerksamer und intensiver den Pressespiegel und ihre Tageszeitung lesen soll.

Als politisch Hauptbeschädigter des Zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bleibt der Chefaufklärer und Obmann der CDU-Fraktion zurück, der den dezenten Rückzug seines Fraktionschefs und anderer nicht rechtzeitig wahrgenommen hat.

Dennoch: Für uns bleiben Untersuchungsausschüsse trotz der hohen Arbeitsintensität und Kosten ein wichtiges Instrument für das Funktionieren unserer Demokratie.
